Numara 5 Kuruştur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzere)

		dahil için	haric için
Aylık	Türk lirası	1.50	RM. 5.—
Üç aylık	„ „	4.25	„ 13.—
Altı aylık	„ „	8.—	„ 25.—
Bir senelik	„ „	15.—	„ 50.—

yahud mukabili.
Haftada 6 defa çıkar.

İdarehane:
Beyoğlu, Cemal sokak 7
Telgraf adresi: Türkpost.
Telefon: 44.606.
Posta Kutusu: İstanbul 1269.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Kurus

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	RM. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert
Erscheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:
Beyoğlu, Cemal sokak 7
Drahtanschrift: Türkpost.
Fernsprecher: 44.606.
Postfach: Istanbul 1269.

11. Jahrgang Nr. 57 — Tageszeitung — Istanbul, Dienstag, 10. März 1936

Weitgehende Uebereinstimmung zwischen Rom und Berlin - Eden betont englischen Verständigungswillen - Belgien trifft keine militärischen Massnahmen

Staatshaushalte und Rüstungen

Am 17. April 1934 machte die Note allgemeine Rüstungsbeschränkung ein Barthous den Verhandlungen über eine ihres Ende. Noch am Tage vorher hatte Deutschland sich bereit erklärt, bei Bewilligung eine Landheeres von 300.000 Mann seine Luftmacht während der nächsten 5 Jahre nur auf den halben, erst in 10 Jahren auf den vollen Stand der französischen zu bringen. Die Folge der ausgesetzten Verhandlungen war eine neue allgemeine Aufrüstung.

Den Beginn machte Frankreich, obwohl es damals mit einem Friedensheer von 614.000 Mann, seinen Flugzeugen und seinen Tanks einen gewaltigen Vorsprung vor allen anderen Mächten hatte. Noch im Frühjahr 1934 hatte die Pariser Kammer 3 Milliarden Franken für Kriegsmaterial und Flugzeuge bewilligt. Schon im Juli forderte Pétain 30.000 Mann neue Spezialtruppen für die Ostfestungen: bis Herbst 1935 war diese Vermehrung tatsächlich erfolgt. Am 18. Dezember 1934 nahm die Kammer einen Sonderkredit von 800 Millionen Franken an, namentlich zur Motorisierung der Artillerie und zum Bau weiterer Tanks. Im April verlangte die Heeresleitung 4 Milliarden Franken zur Verstärkung des Kriegsmaterials im Laufe von drei Jahren. 1,8 Milliarden zum Ausbau der Luftflotte bis Ende 1936. Bewilligt wurden zunächst 3,4 Milliarden Franken, womit die Inangriffnahme des langfristigen Programms gesichert war. Da die Jahrgänge des Weltkrieges einen Rekrutenausfall ergeben können, betreibt die französische Heeresleitung die Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit, obwohl die französische Friedensstärke 1935 auf 654.000 Mann erhöht werden konnte.

Im Gegensatz zu Frankreich will Italien mit der Dienstzeit von bisher 14 bis 18 Monaten auf ein Jahr zurückgehen, um trotz seiner schwächeren Finanzen alle Tauglichen auch wirklich einstellen zu können. Dafür werden schon die Schulkinder militärisch unterrichtet, die größeren Knaben an Waffen geübt. Die Jünglinge vom 18. bis zum 21. Lebensjahr erhalten eine regelrechte soldatische Ausbildung, die auf Grund eines Erlasses vom Juli 1935 beschleunigt durchgeführt wird. Für den Ausbau der Luftflotte wurde im Frühjahr 1395 ein Sonderkredit von 1,2 Milliarden Lire bewilligt, abgesehen noch von einer Erhöhung ihres ordentlichen Haushaltes um 130 Millionen. Das Personal der Luftflotte wurde noch vor Ausbruch des Krieges mit Aethiopien von 24 000 auf mehr als 34 000 Köpfe erhöht. Seither arbeitet Italien in fieberhaftem Tempo an der Verstärkung aller Waffen.

Langsamer kam die Aufrüstung Englands in Fluß. Im Juli 1934 war, neben einer Vermehrung der Tanks und der Reserven des Landheeres, die Verdoppelung der Luftflotte in Aussicht genommen worden, aber erst im Laufe von 5 Jahren; zugleich nahm London mit den Dominien wegen Verstärkung ihrer selbständigen Luftkräfte Fühlung. Im Februar 1935 erfolgte eine Erhöhung des Luftfahrthaushaltes um 4 Millionen Pfund, später noch um eine weitere Million. Ein Nachtragsetat im August sah u. a. die Vermehrung des Luftpersonals von 33 000 auf 45.000 Mann sowie den Bau von 50 neuen Lufthäfen vor. Das ausdrückliche Ziel war die Erreichung der Gleichheit mit der größten „benachbarten" Luftmacht. Im Oktober aber erklärte Baldwin, nachdem eine ähnliche Aeußerung des Schatzkanzlers vorangegangen war, ohne die Vollmacht zur „Abstellung der Mängel im britischen Heerwesen" könne er die Verantwortung für die Sicherheit des Empires nicht einen Augenblick länger tragen. Die Auslassung bezog sich auf den bereits mit größten Mitteln durchgeführten Ausbau der Flotte wie der militärischen Anlagen in Singapore, Haifa, Akaba, auf den Bahrein-Inseln und an sonstigen Plätzen in der Welt.

In großem Ausmaß wie Tempo hat auch die Sowjetunion gerüstet, seitdem Ende 1933 der die Aufrüstung industriell vorbereitende Fünfjahresplan durchgeführt war. Nach ihren eigenen amtlichen Angaben wurde der Friedensstand des russischen Heeres 1934 von 562.000 auf 940.000 Mann, 1935 auf 1,3 Millionen erhöht. Die Heeresausgaben betrugen 1934 über 5, im nächsten Jahre über 8 Milliarden Rubel, für 1936 sind 14,8 Milliarden Rubel vorgesehen. An Flugzeugen und vielleicht auch an Tanks besitzt Moskau heute sogar mehr als Frankreich; durch die rasch fortschreitende Motorisierung und durch die Auffüllung von 77 Prozent seiner Schützenformationen auf Kriegsstärke hat es die Offensivkraft der Armee auf das äußerste gesteigert. Dabei ist es noch zweifelhaft, ob diese Ziffern auch schon alle asiatischen Kontingente umfassen.

Japans neuer Heereshaushalt erreicht 50 Prozent der gesamten Staatsausgaben. Der Marineetat ist auf 700 Millionen Yen gestiegen, 141 Mill. mehr als 1935. Für die Luftflotte wurden wiederholt große Sonderkredite bewilligt. Schon die große Billigkeit der Arbeit in Japan erschwert aber einen Vergleich mit den Haushalten anderer Länder. Ueber Einzelheiten von Belang ist bei der japanischen Schweigsamkeit Sicheres nicht leicht zu erfahren. Seit es am 16. Januar die Londoner Flottenkonferenz verließ, wird das Tempo seiner Marine- und Luftrüstung sich sicher noch erheblich steigern.

Da Frankreich und Italien den englischen Vorschlag eines gegenseitigen Austausches der Flottenpläne vorläufig abgelehnt haben, steht ein neues Wettrüsten der größeren Seemächte in Aussicht. Japans Haltung wirkt vor allem auf die Vereinigten Staaten zurück. Sie hatten schon vorher ihren Marinehaushalt um 187 Millionen Dollar erhöht, die 1935 erfolgten Neubewilligungen für die Luftflotte waren noch größer. Der Generalstab hat Sonderkredite von 400 Millionen für nötig erklärt, über die aber noch nicht entschieden ist. Im ganzen verlangte die Heeresleitung in U. S. A. für 1936 fast eine Milliarde Dollar für Rüstungszwecke, von denen der Löwenanteil auf die Verstärkung der Luftrüstung entfallen sollte. Inwieweit der Schritt Japans die Pläne ändern wird, bleibt abzuwarten.

Frage und Antwort zwischen Frankreich und Deutschland

Berlin, 6. März (A.A.)

Das Deutsche Nachrichtenbüro teilt mit:

Alle französischen Sender haben am Samstag abend Folgendes durchgegeben:

Nach dem Interview mit dem Reichskanzler hat Flandin keine 24 Stunden verstreichen lassen und den französischen Botschafter zum Führer geschickt, um ihn zu fragen, welche konkrete Vorschläge er für eine französisch-deutsche Annäherung mache. Der Reichskanzler hat darauf geantwortet, er anerkenne wohl, daß bestimmte Vorschläge gemacht werden müßten und bitte gleichzeitig den französischen Botschafter, seinen Schritt vertraulich zu behandeln. Entsprechend dem Wunsch des Führers hat Flandin hierüber keine offizielle Mitteilung gemacht. Die französische Regierung war daher erstaunt, sich heute einer einseitigen deutschen Erklärung gegenüber zu sehen und die Verträge, die Deutschland freiwillig abgeschlossen hat, zurückgewiesen zu sehen.

Hierzu ist folgendes zu bemerken:

1. Es ist richtig, daß das Interview des Führers noch am gleichen Tage im Besitze der französischen Botschaft war und daß in der Folge die französische Regierung es am nächsten Tage hatte. Unglücklicherweise hat die französische Regierung nicht 24 Stunden sondern mehrere Tage zugewartet, bevor sie die Veröffentlichung des Interview gestattete. Inzwischen hat die Kammer der Ratifizierung des französisch-sowjetischen Paktes zugestimmt und erst am Tag darauf, d. h. beinahe eine Woche später, hat die französische Regierung ihren Botschafter mit diesem Schritt beauftragt.

2. Der Schritt des französischen Botschafters gipfelte in der Frage, ob der Führer und Reichskanzler das in dem Interview ausgedrückte Angebot „präzisieren" wolle. Bei dieser Gelegenheit ist der französische Botschafter daran erinnert worden, daß wiederholte und präzise Angebote Deutschlands vonseiten Frankreichs immer wieder ohne Antwort gelassen wurden. Der Botschafter ist niemals ersucht worden, daß die französische Regierung das Geheimnis über diesen Schritt wahren solle. Man hat einfach sich geweigert, einen amtlichen Bericht herauszugeben. Für die französische Regierung bestand natürlich kein Hindernis, ihrerseits die Tatsache dieses Schrittes bekanntzumachen. Man wird darum verstehen, daß man von deutscher Seite keinen Grund sah, darüber hinaus durch eine allgemeine Veröffentlichung die einzig dastehende Zurückhaltung der Veröffentlichung des Führers und alle Nebenumstände zu billigen.

„Ein unerträglicher Zustand"

Berlin, 10. März.

Zu der am Sonntag von dem französischen Ministerpräsidenten Sarraut gehaltenen Rundfunkrede veröffentlicht das Deutsche Nachrichtenbüro eine Stellungnahme, die u. a. auf den Satz der Rede „Wir wollen nicht, daß Straßburg im Bereich der deutschen Kanonen liegt" Bezug nimmt.

„Sarraut hält es offenbar — so heißt es in der Veröffentlichung — für richtig und für eine große Nation für erträglich, wenn deutsche Städte wie Freiburg, Karlsruhe, Köln usw. innerhalb der Reichweite französischer Kanonen liegen.

Es ist außerordentlich zu bedauern, daß Sarraut sich der Leidenschaft und Verirrung derart überließ, daß er die konstruktiven Vorschläge Deutschlands beiseite schiebt. Er befindet sich damit nicht in Uebereinstimmung mit vielen Stimmen des Auslandes, die die konstruktiven Vorschläge Deutschlands anerkannt haben, und er verschließt sich damit der Möglichkeit einer restlosen deutsch-französischen Verständigung".

•

Straßburg, 9. März (A.A.)

Die elsässische Bevölkerung hat die Neuigkeit von dem plötzlichen Entschluß Deutschlands mit Ruhe aufgenommen, wenngleich sie sehr ernst erörtert wird.

Die friedlichen Spaziergänger des Sonntags strömten in großer Zahl zu der Kehler Brücke, die die Grenze nach Deutschland bildet, in der Hoffnung, am rechten Rheinufer interessante Szenen zu erleben, doch erlebten sie nur eine Enttäuschung.

Die deutschen Truppen hatten (am Sonntag) Kehl noch nicht besetzt.

•

Metz, 9. März (A.A.)

Verschiedene Regimenter der französischen Garnisonen Metz und Thionville sind gestern abend und heute vormittag an die Grenze abmarschiert, um die Grenzschutztruppen zu verstärken. Die Bevölkerung bewahrt völlige Ruhe.

•

Metz, 9. März (A.A.)

Aus Saarlautern wird gemeldet, daß ein Bataillon von 17. Infanterieregiment der deutschen Wehrmacht in die Stadt eingezogen ist.

•

London, 9. März (A.A.)

Zu der Besetzung der bisher entmilitarisierten Zone im Rheinland schreibt die „Morning Post":

„Hitler kann dem zukünftigen europäischen Frieden einen wahren Dienst erwiesen haben, indem er eine Lage geschaffen hat, die die Haltlosigkeit der Sanktionspolitik aufzeigt".

„Daily Herald" bedauert die Aktion Deutschlands, meint aber, die Rheinland-Krise könnte keine Kriegsgefahr in sich bergen, außer wenn sie mit einer völligen Urteilslosigkeit behandelt werde.

Ismet Inönü kehrt nach Ankara zurück

Ministerpräsident Ismet Inönü und die übrigen sich in Istanbul aufhaltenden Minister werden heute abend nach Ankara zurückkehren.

Der Innenminister bei der Presse

Innenminister Şükrü Kaya besichtigte gestern das neue Gebäude des Istanbuler Pressevereins und wurde dort von den Vertretern der Istanbuler Zeitungen empfangen.

Der Innenminister äußerte bei dieser Gelegenheit seine Ansichten über den Umbau der Vereinsräume, die auch den ausländischen Pressevertretern zugänglich gemacht werden sollen.

Finanz-Besprechungen

Der Generalsekretär des Finanzausschusses der Balkanentente, Priboyanu, ist gestern aus Istanbul nach Ankara abgereist, wo er bei den zuständigen Stellen über die die Balkanentente angehenden wirtschaftlichen Angelegenheiten Rücksprache pflegen wird. Am kommenden Freitag wird er über Istanbul und Konstanza wieder nach Rumänien zurückkehren.

Führende politische türkische Kreise über den deutschen Schritt

Der Istanbuler „Zaman" bringt eine aus führenden politischen Kreisen der Türkei stammende Erklärung über die durch die militärische Besetzung der Rhein-Zone entstandene internationale Lage. Wir geben diese Ausführungen nachstehend im Wortlaut wieder:

„Die Frage der Rheinlandbesetzung ist nunmehr auf Ersuchen Frankreichs an den Völkerbund übergegangen. Wir sind überzeugt, daß der Völkerbund mit Umsicht und Schnelligkeit die Maßnahmen ergreifen wird, um den Frieden zu beschützen. Man kann zurzeit nichts über den vom Völkerbund einzuschlagenden Weg und die zu wählende Arbeitsweise zur Sicherung des Friedens voraussagen.

Der ganze Streit ist durch die Wünsche und Bestrebungen der aus dem Weltkriege leidend hervorgegangenen Völker nach Gleichberechtigung und Sicherheit verursacht worden. Der richtige und Erfolg versprechende Weg für die Verhinderung eines neuen Krieges ist die Beseitigung aller dieser Ungleichheiten mit Mäßigung und unter Wahrung der gegenseitigen Voraussetzungen hinsichtlich der Sicherheit und Ruhe.

Wie die Mitglieder einer Familie brauchen auch die Völker den Frieden, um zu leben.

Es ist nicht möglich, schon jetzt vorauszubestimmen, ob die militärische Besetzung der Rhein-Zone in ihren Folgen zu einem Kriege führen kann oder nicht. Man muß sich stets vor allzu großer Anspannung der Nerven und den dadurch ungewollt herbeigeführten Ereignissen in Acht nehmen.

Es ist deshalb ein Gebot, angesichts solcher Zwischenfälle sehr umsichtig zu handeln, die Gefahrenpunkte zu meiden und in Ruhe und Mäßigung den richtigen Weg zu finden.

Man würde damit zur Festigung des Friedens beitragen, wenn man den Völkerbund in den Besitz aller seiner Befugnisse und Einflüsse einsetzt, die Völker vor einer Nervenkrise bewahrt und eine allgemeine Linie einschlägt, die dem Geiste des Briand-Kellogg-Paktes treu bleibt.

Wir wollen nicht, daß der Streit zwischen den mit uns befreundeten beiden Völkern — den Franzosen und den Deutschen — zu einer blutigen Auseinandersetzung führt und es kann nur der richtige Ausdruck unserer aufrichtigsten Wünsche sein, wenn wir die Erwartung aussprechen, daß diese letzten Vorfälle zu einem dem allgemeinen Frieden dienlichen glücklichen und baldigen Ende geführt werden.

Ratstagung der Balkan-Entente in Belgrad

Außenminister Dr. Tevfik Rüştü Aras wird heute abend mit dem Simplon-Expreß nach Genf abreisen, um an der Sitzung des Völkerbundsrates, der am kommenden Freitag, dem 13. März, zusammentritt, teilzunehmen.

Auf der Rückreise aus Genf wird der Außenminister den Vorsitz auf der Ratstagung der Balkanentente, die in Belgrad am 20. dieses Monats stattfindet, führen. Die Tagesordnung dieser Ratstagung wird durch Dr. Aras den übrigen Ratsmitgliedern mitgeteilt werden.

Auf der Belgrader Sitzung werden die drei übrigen Länder der Balkanentente ebenfalls durch ihre Außenminister vertreten werden.

Wie man erfährt, wird sich der Rat der Balkanentente mit der Prüfung der gegenwärtigen internationalen Lage befassen und im Zusammenhang damit auch die Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Ländern der Balkanentente und Bulgarien erörtern. Aus diesem Grunde wird der türkische Außenminister auf seiner Reise nach Genf in Sofia Aufenthalt nehmen und eine Aussprache mit den in Frage kommenden bulgarischen Kreisen haben.

Deutschland nach Genf eingeladen

Paris, 9. März (A.A.)

Die französische Beschwerde wegen der Verletzung des Locarno-Paktes durch Deutschland ist am Sonntag abend dem geschäftsführenden Vorsitzenden des Völkerbundsrates Bruce auf dem Wege über den Generalsekretär Avenol zugestellt worden.

Der diplomatische Berichterstatter von Havas teilt mit, daß die Beschwerde eine einzige maschinengeschriebene Seite umfaßt, in der auf die Verletzung der Artikel 42 und 43 des Versailler Vertrages, des Artikels 1 des Locarno-Paktes betreffend die Einhaltung der entmilitarisierten Zone, sowie des Artikels 3 des gleichen Paktes, der sich auf den bei der Kündigung einzuhaltenden Vorgang bezieht, hingewiesen wird.

Der Wortlaut der Beschwerde ist auch der belgischen Regierung übermittelt worden, der ein gleicher Schritt beim Völkerbund anheim gestellt wird.

•

Genf, 10. März.

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat der deutschen Reichsregierung eine Note übermittelt, in der die Reichsregierung von der französischen Beschwerde wegen der einseitigen Kündigung des Locarno-Paktes und wegen der Besetzung des Rheinlandes, sowie von der französischen Forderung auf Zusammentritt des Völkerbundsrates in Kenntnis gesetzt wird.

Die Reichsregierung wird durch den Generalsekretär des Völkerbundes als Unterzeichnermacht des Locarno-Paktes erfragt, ihm davon Kenntnis zu geben, ob Deutschland an diesen Erörterungen teilnehmen werde.

•

Rom, 10. März.

Die italienische Regierung hat ihren Pariser Botschafter, Cerutti, beauftragt, bei der heute stattfindenden Beratung der Unterzeichnermächte des Locarno-Paktes, an der Deutschland natürlich nicht teilnimmt, Italien zu vertreten.

Zu dem deutschen Memorandum hat die italienische Regierung bis gestern abend noch nicht amtlich Stellung genommen. Die abwartende Haltung Italiens wird mit der Tatsache erklärt und gerechtfertigt, daß Italien gegenwärtig noch von Sanktionen betroffen sei. Andererseits sei Italien am Locarno-Pakt nicht so interessiert wie die anderen Mächte. Frankreich und Belgien seien die unmittelbaren Nachbarn Deutschlands. Italiens Interesse sei auch nicht so groß wie das Englands, das seinerzeit durch den Mund Baldwins verkündet habe, daß „Englands Grenze am Rhein sei".

Den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund würde man in Italien begrüßen, da man sich davon Vorteile verspreche. Die italienischen Ansichten stimmen mit denen Deutschlands in vielen Punkten überein, so zum Beispiel in der Kolonialfrage. Italien sei auch an einer grundsätzlichen Neuregelung des Völkerbundspaktes, wie sie von Deutschland gefordert werde, interessiert.

•

Paris, 9. März (A.A.)

„Oeuvre" erfährt aus Rom, daß der Sekretär der Faschistischen Partei die italienischen Vertreter in Genf angewiesen hat, gegen wirtschaftliche Sanktionen gegen Deutschland Stellung zu nehmen.

Das Blatt meldet ferner, England habe bezüglich der Sanktionen noch keine entschiedene Meinung und werde seine Haltung nach der Frankreichs richten.

•

London, 9. März (eA.A.)

In englischen politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß es richtiger wäre, mit Deutschland Verhandlungen zu führen, anstatt die Beziehungen abzubrechen. In gewissen Kreisen wird im allgemeinen die Frankreich zugeschriebene Absicht, eine Anwendung von Sanktionen gegenüber Deutschland zu verlangen, mißbilligt. Der Vorschlag Hitlers hinsichtlich einer Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund ist im allgemeinen mit Befriedigung aufgenommen worden.

Konferenz der Locarno-Mächte am Quai d'Orsay

Paris, 9. März (A.A.)

Der Ministerrat hat beschlossen, daß die Konferenz der Unterzeichnermächte des Locarnopaktes Dienstag vormittag im Außenministerium zusammentritt.

Zugegen werden sein: Eden, van Zeeland, Cerutti und Flandin.

•

Der französische Ministerrat hat die zusätzlichen Maßnahmen, die an der Ostgrenze im Notfalle ergriffen werden sollen, festgestellt. Immerhin werden die bereits Beurlaubten nicht unter die Fahnen zurückgerufen.

Sarraut oder Flandin werden am Dienstag in der Kammer Erklärungen hinsichtlich des Vorgehens Hitlers machen. Am Mittwoch wird Flandin im Senat Erklärungen über den französisch-sowjetischen Pakt abgeben.

•

Brüssel, 9. März (A.A.)

Der König hat gestern van Zeeland empfangen, der ihm den Standpunkt der Regierung hinsichtlich der Wiederbesetzung des Rheinlandes durch deutsche Truppen vorgetragen hat.

•

Paris, 10. März.

Aus Brüssel meldet die französische Zeitung „Soir", daß sie von gut unterrichteter Seite erfahren habe, daß in Belgien keinerlei militärische Maßnahmen angeordnet wurden.

Eden: „Kein Grund, an die Gefahr von Feindseligkeiten zu glauben"

London, 10. März.

Das englische Unterhaus trat gestern nachmittag zu seiner angekündigten Sitzung zusammen, um eine Erklärung des Außenministers Eden über das deutsche Memorandum zu hören. Das Haus war dicht besetzt, die Tribünen waren von einer zahlreichen Zuhörerschaft gefüllt.

Eden gab zunächst eine Darstellung seiner letzten Fühlungnahme mit dem deutschen Botschafter wegen des Luftpaktes und wiederholte dann im einzelnen den Inhalt des deutschen Memorandums vom 7. März 1936. Der Minister erklärte, er habe dem deutschen Botschafter mitgeteilt, daß das Vorgehen Deutschlands im Rheinland die einseitige Aufhebung des Locarno-Paktes darstelle. Dieser deutsche Schritt füge dem Grundsatz von der Heiligkeit der Verträge einen schweren Schlag zu. Es gebe aber keinen Grund, zu glauben, daß Deutschlands Vorgehen die Gefahr von Feindseligkeiten in sich schließe, zumal die Reichsregierung von ihrem Wunsch nach einem wahren Frieden gesprochen habe. Um Mißverständnisse über die Stellung Englands als Unterzeichner-Macht des Locarno-Paktes auszuschließen, halte er es für notwendig zu erklären, daß die britische Regierung sich trotz der Aufkündigung des Locarno-Paktes für verpflichtet halte, Frankreich oder Belgien zu Hilfe zu kommen, wenn ein Angriff erfolgen sollte, der eine Verletzung des Vertrages darstelle. Die wichtigste Grundlage für den Frieden im Westen Europas sei jetzt beseitigt worden. Wenn aber der Friede gesichert werden sollte, was auf jeden Fall geschehen müßte, dann müsse man sich bemühen, ihn wieder neu aufzubauen. In diesem Geiste werde die britische Regierung das deutsche Memorandum prüfen, weil angesichts der schweren internationalen Lage keine Gelegenheit verpaßt werden dürfe, um die Befriedung Europas zu sichern.

Der Sprecher der Opposition, Attlee, richtete an Eden die Frage, ob das Unterhaus Gelegenheit zu einer Aussprache über das deutsche Memorandum haben werde, was Eden bejahte.

Nach der Unterhaussitzung ist der englische Außenminister nach Paris abgereist, wo heute die Beratung der Vertreter der Locarno-Mächte, mit Ausnahme Deutschlands, stattfindet.

•

London, 9. März (A.A.)

In amtlichen englischen Kreisen wird hinsichtlich des Vorgehens Hitlers vorläufig Schweigen beobachtet. Man ist der Ansicht, daß der Zeitpunkt nicht für Worte geeignet ist und daß man eine genaue Prüfung der Lage vornehmen habe, bevor man Ansichten äußert.

•

London, 9. März (A.A.)

Wie die „Sunday Times" in ihrem Leitartikel bemerkt, hat Deutschland, ohne es vorher anzusagen, ohne darüber zu verhandeln und ohne darum zu feilschen, die entmilitarisierte Rheinzone aufgehoben. Es ist, wie das Blatt bemerkt, nicht das erste Mal, daß Deutschland die Welt vor eine vollendete Tatsache stellt. In früheren Fällen ist es Hitler gelungen, einem Europa, das zu uneinig war, seine Rechte zu verteidigen, seinen Willen aufzuerlegen. Hitler wird es aus demselben Grunde auch diesmal gelingen. „Schlage zuerst und sprich nachher", war und ist noch jetzt ein beliebter Grundsatz des preußischen Militarismus".

So bemerkt die „Sunday Times" und stellt sodann die Frage: wenn die Verträge nichts weiteres sind als Papierfetzen, was bleibt dann anderes übrig als Waffen, und wer wird gegenwärtig gegen das Weißbuch irgendwelche Gründe anführen"?

Wie das Blatt weiter ausführt, müssen die Bedingungen Hitlers selbstverständlich geduldig und genau von den beteiligten Regierungen geprüft werden. Das Blatt meint ferner, daß in dem Nichtangriffspakt im Osten, den Hitler vorschlägt, Rußland nicht mit einbegriffen sei. So hätte nach der Meinung des Blattes Deutschland nur das Einverständnis einer der Grenzstaaten Deutschlands zu erhalten, um Rußland angreifen zu können. Die Wiederbesetzung der entmilitarisierten Zone würde Frankreich verhindern, Deutschland in den Rücken zu fallen, falls im Osten eine Aktion ausgeführt werden sollte. Immerhin müsse man die Befürchtungen in Betracht ziehen, die Deutschland gegenüber Sowjetrußland hegt. Hitler hat dem Vertrauen, daß die anderen Mächte Deutschland gegenüber hegten, einen starken Stoß versetzt. Dieser Punkt muß mit Ruhe geprüft werden. Es ist jedoch schwer, nicht daran zu denken, daß die gegenwärtigen Ereignisse einen außerordentlich ernsten, beunruhigenden und vielleicht unwiderrufbaren Vorgang bedeuten.

•

Amerikanisches Echo

Newyork, 9. März (A.A.)

Die „Newyork Times" schreibt:

„Wie auch im Falle der Reparationen hat Deutschland zu einem einseitigen Vorgehen unter Mißachtung der bestehenden Verträge seine Zuflucht genommen.

Die „Newyork Herald" sagt:

„Die anderen Länder werden jetzt die Wahl haben, entweder Krieg zu führen oder das Unvermeidliche hinzunehmen und an das Werk einer Reorganisierung, wie es Deutschland ihnen auferlegt, zu schreiten."

Die „Daily News" schreibt:

„Wir wollen hoffen, daß Frankreich keine Kriegshandlungen vornimmt. Schließlich besetzt Hitler nur sein eigenes Gebiet."

Kein Wahlaufschub in Frankreich

Paris, 9. März (A.A.)

In politischen Kreisen ging gestern abend das Gerücht, daß die Regierung die Absicht habe, die Wahlen aufzuschieben, damit sie nicht unter dem Eindruck der gegenwärtigen Ereignisse stattfinden. Man müsse zweifellos mit einer Umbildung des Kabinetts rechnen.

In Regierungskreisen erklärt man jedoch, daß diese Gerüchte völlig unbegründet seien. Die Regierung werde am Dienstag in der Kammer und im Senat eine Erklärung zu dem Schritt der deutschen Regierung abgeben. Weiter wird erklärt, daß der Ministerpräsident eine Aussprache über verschiedene Interpellationsanträge, die in dieser Angelegenheit bereits eingelaufen seien, ablehnen werde, um die erforderlichen diplomatischen Schritte nicht zu beeinträchtigen.